

An das
Regierungspräsidium
über die
untere Bodenschutz- und Altlastenbehörde
des Land- oder Stadtkreises

Ort, Datum

Telefon

Aktenzeichen

Zutreffendes bitte ankreuzen

Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach FrAI

1 Antragsteller/in

Name und Bezeichnung	
Korrespondenzanschrift (Straße, PLZ, Ort, Landkreis)	
Auskunft erteilt (Name, Telefon, Fax, E-Mail)	
Gemeindegemeinschaft	Einwohnerzahl zum Zeitpunkt der Antragstellung (nur bei Förderung nach Nr. 9.3 FrAI)
Bankverbindung (Kontonummer/IBAN, Bankleitzahl/BIC, Kreditinstitut)	

2.1 Maßnahme

Zuwendungsbereich	Kommunale Altlasten und altlastverdächtige Flächen Polizeikosten des Stadtkreises Nicht kommunale Altlasten und altlastverdächtige Flächen
Bezeichnung der Maßnahme (Name der Fläche/des Standorts)	
Durchführungszeitraum (von/bis)	Flächen-Nr. ¹⁾ :

2.2 Ausgaben

Kosten der Maßnahme (lt. beil. Berechnung)	€	€ ²⁾
davon zuwendungsfähig	€	€ ²⁾

2.3 Handlungsstufe (nur eine je Antrag ankreuzen)

Erfassung	Erf. ³⁾
Orientierende Untersuchung auf kommunalen Flächen (8.2.1.1 FrAI)	OU-K
Detailuntersuchung	DU
Sanierungsuntersuchung	SU
Sicherung und Sanierung	S
Monitored Natural Attenuation	MNA
Orientierende Untersuchung auf nicht kommunalen Flächen im Innenbereich (8.3.1 FrAI)	OU-I
Orientierende Untersuchung auf nicht kommunalen Flächen im Außenbereich (8.3.2 FrAI)	OU-A

¹⁾ Wird von der unteren Bodenschutz- und Altlastenbehörde (UBAB) des Land- oder Stadtkreises ausgefüllt

²⁾ Nicht vom Antragsteller auszufüllen

³⁾ Förderung nur noch im Rahmen der Übergangsregelung. Nur 1, 2.1, 2.2, 5, 8.2-8.4, 9, 10.1, 10.4 ausfüllen

2.3.1 Standort/Lagebeschreibung der Fläche

nähere Bezeichnung: _____

Gemeinde/Teilgemeinde: _____

Straße/Gewann: _____

Flurstück - Nr.	Eigentümer	seit

2.3.2 Art der altlastverdächtigen Fläche

Altablagerung

Altstandort

Ablagerungs-/Betriebszeitraum

von (Monat/Jahr)	bis (Monat/Jahr)	Betreiber

Nähere Standortbeschreibung

Geländeauffüllung

Grubenverfüllung

Steinbruchverfüllung

Abwasseranlage

Abfallanlage

Produktions-, Einsatz- und Verarbeitungsstelle

Sonstiges: _____

2.4 Rechtsverfahren

Stand der zur Durchführung erforderlichen Rechtsverfahren:

3 Abschnitte nach Nummer 12.3 FrAl

Falls die in Nummer 2.1 genannte Maßnahme Teil eines größeren Vorhabens ist:
Darstellung des gesamten geplanten Vorhabens.

Zeit der Ausführung	Maßnahmen (Kurzbeschreibung)	Kosten in €
Zusammen:		

4 Kosten- und Finanzierungsplan für die Maßnahme nach Nummer 2.2

	Zeitpunkt der voraussichtlichen Fälligkeit					Gesamtbetrag
	Jahr 20	Jahr 20	Jahr 20	Jahr 20	Jahr 20	
	in 1000 €					
1. Gesamtausgaben (nach Kostenberechnung)						
1.1 davon zuwendungsfähige Ausgaben						
1.2 davon nicht zuwendungsfähige Ausgaben						
2. Finanzierung der zuwendungsfähigen Ausgaben						
2.1 Eigenmittel/Eigenleistungen						
2.2 Einnahmen						
2.3 Drittmittel						
2.4 Beantragte Zuwendung (FrAl) nach Nr. 5						
2.5 sonstige Zuwendungen						
Zu 2.5 Beantragte/bewilligte sonstige öffentliche Zuwendungen durch (Bewilligungsstelle)						
3. Finanzierung der nicht zuwendungsfähigen Ausgaben						
3.1 Eigenmittel/Eigenleistungen						
3.2 Einnahmen						
3.3 Drittmittel						
3.4 Zuwendungen						
Zu 3.4 Beantragte/bewilligte sonstige öffentliche Zuwendungen durch (Bewilligungsstelle)						

5 Beantragte Zuwendung

Zuwendungsfähige Ausgaben (Nr. 2.2) €	Zuschuss €	Eigenmittel ⁴⁾ €	Zuschussanteil an den zuwendungsfähigen Ausgaben v.H.

⁴⁾ bei Maßnahmen nach 8.3.3 FrAl Eigenleistung

6 Begründung

6.1 Notwendigkeit der Maßnahme

u.a.: Raumbedarf, Standort, Konzeption, Ziel, Zusammenhang mit anderen Maßnahmen, Maßnahmen desselben Aufgabenbereichs in vorhergehenden oder folgenden Jahren, alternative Möglichkeiten, Nutzen.

Genauere Bezeichnung des Zweckes und der mit der Zuwendung beabsichtigten Ziele. Diese sind so festzulegen, dass eine begleitende oder abschließende Erfolgskontrolle möglich ist (z.B. durch die Angabe von Erfolgskriterien oder Kennzahlen).

6.2 Ergänzende Angaben zur Notwendigkeit und zur Finanzierung

u.a.: Eigenmittel, Höhe der Zuwendung, überörtliches Interesse, Grundwasserschutz

7 Finanz- und haushaltswirtschaftliche Auswirkungen

Finanzlage des Antragstellers, Tragbarkeit der Folgekosten für Antragsteller usw.

8 Erklärungen des Antragstellers

- 8.1 Der Antragsteller ist pflichtig nach § 4 BBodSchG.
Er verpflichtet sich zur Durchführung der Maßnahmen.
- 8.2 Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bekanntgabe des
Zuwendungsbescheids begonnen.
- Vorzeitiger Baubeginn wurde nach Nr. 1.2.2 VV zu § 44 LHO zugelassen.
- Die Maßnahmen wurden wegen Gefahr im Verzug bereits begonnen.
- 8.3 Der Antragsteller ist bezüglich der Maßnahme
 nicht zum Vorsteuerabzug berechtigt.
zum Vorsteuerabzug berechtigt; dies ist bei den Ausgaben berücksichtigt worden
(Angabe der Ausgaben ohne Umsatzsteuer).
- 8.4 Die in diesem Antrag (einschließlich Antragsunterlagen) gemachten Angaben sind vollständig und richtig.

9 Anlagen

Mehrfertigung des Antrags (1-fach)

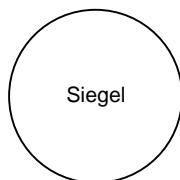
Übersichtsplan (2-fach)

Bauplan und Bauzeit (2-fach)

Beschreibung (2-fach)

Berechnung der Aufwendungen (2-fach)

Aktuelle Übersicht über die Haushalts- und Finanzlage nach Muster 3 VV zu § 44 LHO
(bei Anträgen für Anteilförderung und nach Nr. 9.3 FrAI)



Datum, Unterschrift

10 Antragsprüfung (nicht vom Antragsteller auszufüllen)**10.1 Fachliche Stellungnahme der unteren Bodenschutz- und Altlastenbehörde (UBAB)**

Das aktuelle Datenblatt aus FIS-AGB (WAABIS) ist beizufügen.

Ergebnis der Prüfung

Az.: _____

- Antrag entspricht in fachtechnischer Hinsicht den Anforderungen der FrAl
 fachtechnische Stellungnahme
 (ggfs. auf Beilage, soweit erforderliche Angaben im o.g. Datenblatt nicht darstellbar sind):

Die Notwendigkeit und Angemessenheit der Maßnahme wird bestätigt. Von den möglichen Verfahren wurde das wirtschaftlichste ausgewählt.

 Datum, Unterschrift

10.2 Stellungnahme der UBAB zur kommunalen Pflichtigkeit (Nr. 7.1 FrAl)

- Der Antragsteller ist Pflichtiger
 Der Antragsteller ist nicht Pflichtiger
 Eine Anordnung wird ergehen/ ist ergangen
 Stellungnahme s. Anlage

 Datum, Unterschrift

10.3 Stellungnahme der Rechtsaufsichtsbehörde

Gemeindefinanzrechtliche Beurteilung bei Anteilsfinanzierung und Nr. 9.3 FrAl

durch: _____ Az.: _____

 Ort, Datum, Unterschrift

10.4 Stellungnahme des Regierungspräsidiums

Az.: _____

Antrag entspricht den Anforderungen der FrAl
 Antrag entspricht nicht den Anforderungen der FrAl
 Stellungnahme (siehe Beilage)

 Datum, Unterschrift